ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
BÜRO BRÜSSEL

John Hilary

DAS TRANSATLANTISCHE HANDELS- UND INVESTITIONSABKOMMEN

FREIBRIEF ZUR DEREGULIERUNG
ANGRIFF AUF ARBEITSPLÄTZE
ENDE DER DEMOKRATIE



DAS TRANSATLANTISCHE HANDELS- UND INVESTITIONSABKOMMEN

John Hilary ist Direktor von War on Want. Er hat in den vergangenen 20 Jahren zahlreiche Beiträge zum Thema Handel und Investitionen veröffentlicht. Im Jahr 2013 wurde er zum Honorarprofessor am Institut für Politik und internationale Beziehungen der University of Nottingham berufen. Sein neues Buch *The Poverty of Capitalism: Economic Meltdown and the Struggle for What Comes Next* erschien im Oktober 2013 bei Pluto Press.

John Hilary

DAS TRANSATLANTISCHE HANDELS- UND INVESTITIONSABKOMMEN

FREIBRIEF ZUR DEREGULIERUNG ANGRIFF AUF ARBEITSPLÄTZE ENDE DER DEMOKRATIE

Mai 2014



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung

Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) ist ein umfassendes Freihandels- und Investitionsabkommen, das gegenwärtig – unter Ausschluss der Öffentlichkeit – zwischen der Europäischen Union und den USA verhandelt wird. Die Absicht zur Aufnahme von TTIP-Verhandlungen wurde erstmalig im Februar 2013 von Präsident Barack Obama in seiner Rede zur Lage der Nation angekündigt. Die erste Verhandlungsrunde zwischen der Europäischen Kommission und ihren US-amerikanischen VerhandlungspartnerInnen fand im Juli desselben Jahres statt. Die Gespräche sollen möglichst rasch durchgeführt werden, ohne dass Details an die Öffentlichkeit dringen, in der Hoffnung sie abzuschließen, bevor die Menschen in Europa und den USA das Ausmaß der Bedrohung durch TTIP erkennen.

VertreterInnen beider Seiten bestätigen, dass TTIP nicht primär der Förderung des Handels durch den Abbau von Einfuhrzöllen zwischen der EU und den USA dient, weil sich die Zölle schon jetzt auf Minimalniveau befinden. Vielmehr besteht das Hauptziel von TTIP, wie sie selber einräumen, in der Beseitigung regulatorischer „Hindernisse", die potenzielle Gewinne transnationaler Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks beschränken. Bei diesen „Hindernissen" handelt es sich jedoch um einige unserer wertvollsten Sozialstandards und Umweltvorschriften, wie Arbeitsrechte, Bestimmungen zur Lebensmittelsicherheit (einschließlich der Einschränkung von gentechnisch veränderten Organismen, GVO), Verordnungen zum Gebrauch von Giftstoffen, digitale Datenschutzrechte oder neue Regeln zur Bankensicherheit, die eingeführt wurden, um eine Wiederholung der Finanzkrise von 2008 zu vermeiden. Mit anderen Worten: Es könnte nicht mehr auf dem Spiel stehen.

Zusätzlich zu den Deregulierungsbemühungen sollen durch TTIP auch neue Märkte geschaffen werden, indem es transnationalen Unternehmen ermöglicht wird, um öffentliche Dienstleistungen und Beschaffungsverträge zu konkurrieren. Hierdurch droht eine weitere Privatisie-



rungswelle in zentralen Bereichen wie Gesundheit und Bildung. Besonders besorgniserregend ist die Absicht, ausländischen InvestorInnen durch TTIP das Recht zu gewähren, vor Ad-hoc-Schiedsgerichten Klage gegen souveräne Regierungen einzureichen, wenn es infolge politischer Beschlüsse zu Gewinneinbußen kommt. Diese „Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren" heben das transnationale Kapital praktisch auf eine Ebene mit dem Nationalstaat und drohen so, die grundlegendsten demokratischen Prinzipien in der EU und den USA zu untergraben.

TTIP ist daher nicht als Verhandlung zwischen zwei konkurrierenden Handelspartnern zu verstehen, sondern als Versuch transnationaler Unternehmen, die Märkte auf beiden Seiten des Atlantiks aufzubrechen und zu deregulieren. Unter den BürgerInnen der EU und der USA wächst die Sorge vor der Bedrohung durch TTIP. Gruppen der Zivilgesellschaft schließen sich mit WissenschaftlerInnen, Parlamentsabgeordneten und anderen zusammen, um wirtschaftsfreundliche RegierungsvertreterInnen davon abzuhalten, mit ihrer Unterschrift unsere oben aufgeführten zentralen Sozial- und Umweltstandards abzuschaffen. Wir alle sind aufgerufen, diesen Widerstand zu unterstützen, indem wir uns lokalen Gegenkampagnen anschließen – oder unsere eigenen starten.

TTIP ist daher nicht als Verhandlung zwischen zwei konkurrierenden Handelspartnern zu verstehen, sondern als Angriff gegen die europäischen und US-amerikanischen Gesellschaften seitens transnationaler Unternehmen. Deren Ziel ist die Beseitigung regulatorischer Hindernisse für ihre Geschäfte beiderseits des Atlantiks.

1. **Wofür steht** TTIP?

Unternehmensverbände auf beiden Seiten des Atlantiks hegen schon lange den Traum eines unternehmerfreundlichen Handels- und Investitionsabkommens zwischen der EU und den USA. 1995 wurde der Transatlantische Wirtschaftsdialog gegründet, eine Gruppe handverlesener GeschäftsführerInnen der mächtigsten US-amerikanischen und europäischen Unternehmen. Diese Lobbygruppe sollte sich für die Beseitigung von Vorschriften einsetzen, die den Interessen der transnational operierenden Unternehmen in der EU und den USA entgegenstehen. Seither plädiert sie für ein weitreichendes Abkommen, um dieses Ziel zu erreichen.[1] Die Einrichtung des Transatlantischen Wirtschaftsrats im Jahr 2007 bot dem Transatlantischen Wirtschaftsdialog eine neue Möglichkeit, auf die Einrichtung einer Freihandelszone im Sinne der Deregulierung der europäischen und US-amerikanischen Märkte zu drängen.

In Reaktion auf diesen Druck kündigten US-amerikanische VertreterInnen und die Europäische Kommission im November 2011 die Einrichtung einer hochrangigen Arbeitsgruppe an, um die „Möglichkeiten einer Stärkung der europäischen und US-amerikanischen Handels- und Investitionsbeziehungen zu erkennen und zu bewerten“. Zum Aufbau ihrer Verhandlungsposition startete die Europäische Kommission kurz drauf eine Reihe von über 100 Treffen hinter verschlossenen Türen mit einzelnen Unternehmen und WirtschaftslobbyistInnen. Die Treffen wurde solange geheim gehalten, bis die Kommission mittels einer Eingabe auf der Grundlage eines Informationsfreiheitsgesetzes dazu gezwungen wurde, ihre Existenz öffentlich zu machen.[2] Der Transatlantische Wirtschaftsdialog schloss sich mit dem US-amerikanischen Business Roundtable und dem European Round Table of Industrialists zusammen, um gemeinsam eine weitgesteckte Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA zu fordern.[3]

---

1. Mark A. Pollack, *The Political Economy of the Transatlantic Partnership*, Fiesole: European University Institute, Juni 2003.
2. „European Commission preparing for EU-US trade talks: 119 meetings with industry lobbyists“, Brüssel: Corporate Europe Observatory, 4. September 2013.
3. „Forging a Transatlantic Partnership for the 21st Century“, Joint Statement by US Business Roundtable, the TransAtlantic Business Dialogue and the European Round Table of Industrialists, 18. April 2012.

US-Präsident Barack Obama kündigte im Februar 2013 in seiner Rede zur Lage der Nation förmlich die Aufnahme von Verhandlungen über eine umfassende Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) an. Die erste Gesprächsrunde fand im Juli 2013 statt, wobei beide Seite ihre Hoffnung äußerten, die Verhandlungen könnten innerhalb von zwei Jahren im Schnelldurchlauf durchgeführt werden (um so den Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes zu umgehen, der im Jahr 2015 richtig anlaufen wird). Angesichts der Europawahl und der Bildung der neuen EU-Kommission im Jahr 2014 ist der Versuch, solch komplexe und kontroverse Verhandlungen mit nur „einer Tankfüllung" zum Abschluss zu bringen (wie es US-amerikanische VerhandlungsführerInnen ausdrückten), grob fahrlässig.

TTIP ist kein traditionelles Handelsabkommen, das vornehmlich den Abbau von Einfuhrzöllen zwischen Handelspartnern anstrebt, weil sich die Zölle zwischen der EU und den USA bereits auf minimalem Niveau befinden. VerhandlungspartnerInnen beider Seiten bestätigen, dass TTIP vielmehr der Beseitigung regulatorischer „Hindernisse" dient, durch die potentielle Gewinne der transnationalen Unternehmen auf den US-amerikanischen und europäischen Märkten beschränkt werden. Hierzu gehört die Beseitigung oder Herabsetzung zentraler Sozialstandards und Umweltvorschriften, wie z. B. Arbeitsrechten, Bestimmungen zur Lebensmittelsicherheit (einschließlich der Einschränkungen von gentechnisch veränderten Organismen, GVO), Verordnungen über die Verwendung von Giftstoffen, Datenschutzrechten und die neuen Sicherheitsmaßnahmen im Bankenwesen, die eingeführt wurden, um eine Wiederholung der Finanzkrise von 2008 zu verhindern. Das Verhandlungsmandat der EU-Kommission (den EU-Bestimmungen zufolge für vertraulich befunden und daher nur als zugespieltes Dokument zugänglich) erklärt die Beseitigung regulatorischer Hindernisse zu einem der Hauptziele von TTIP und widerlegt somit spätere Behauptungen der EU-Kommission, Deregulierung wäre nicht Teil der Agenda.[4] Auch die US-Regierung will im Rahmen der Verhandlungen zentrale EU-Vorschriften und Standards beseitigen, wie wir im Folgenden noch sehen werden.

Zusätzlich zu den Deregulierungsbemühungen sollen durch TTIP auch neue Märkte geschaffen werden, indem es transnationalen Unternehmen

---

4. „Directives for the negotiation on the Transatlantic Trade and Investment Partnership between the European Union and the United States of America", Brüssel: Rat der Europäischen Union, 17. Juni 2013; eine Forderung, das Mandat öffentlich zu machen, wurde vom Europäischen Ministerrat während der Sitzung am 18. Oktober 2013 in Luxemburg abgelehnt.

ermöglicht wird, um öffentliche Dienstleistungen und Beschaffungsverträge zu konkurrieren. Hierdurch droht eine weitere Privatisierungswelle in zentralen Bereichen wie Gesundheit und Bildung. Britische Regierungsbeauftragte bestätigten, dass eines ihrer drei Hauptziele für TTIP in der „Vollendung des europäischen Binnenmarkts" besteht, insbesondere indem private Unternehmen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Beschaffungsverträgen anderer EU-Länder erhalten.[5] Besonders besorgniserregend ist die Absicht, ausländischen InvestorInnen durch TTIP das Recht zur Klage gegen souveräne Regierungen vor Ad-hoc-Schiedsgerichten zu garantieren, wenn es durch politische Beschlüsse zu Gewinneinbußen kommt (siehe unten). Diese „Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren" heben das transnationale Kapital praktisch auf eine Ebene mit dem Nationalstaat und drohen so, die grundlegendsten demokratischen Prinzipien sowohl in der EU als auch in den USA zu untergraben.

TTIP ist daher nicht als Verhandlung zwischen zwei konkurrierenden Handelspartnern zu verstehen, sondern als Angriff gegen die europäischen und US-amerikanischen Gesellschaften seitens transnationaler Unternehmen. Deren Ziel ist die Beseitigung regulatorischer Hindernisse für ihre Geschäfte beiderseits des Atlantiks. In einem internen Papier, das im Dezember 2013 an die Öffentlichkeit gelangte, bestätigt die EU-Kommission, dass zu den von TTIP betroffenen Regulierungen überwiegend EU-Recht (sowohl Verordnungen als auch Richtlinien), Durchführungsmaßnahmen, delegierte Rechtsakte sowie von EU-Mitgliedsstaaten eingebrachte Vorschriften gehören. Auf US-amerikanischer Seite sind vor allem vom Kongress verabschiedete Gesetze, Bundesvorschriften sowie Bestimmungen der einzelnen Bundesstaaten betroffen.[6] EU-Handelskommissar Karel De Gucht bestätigte, dass TTIP der Beseitigung von Verordnungen beiderseits des Atlantiks dienen soll, um der Wirtschaft freie Hand bei der Ausübung ihrer Geschäfte zu gewähren: „Regulatorische Hindernisse sind schwerer zu beseitigen als traditionelle Handelshemmnisse ... Es wird nicht einfach werden, aber es wird sich lohnen."[7]

---

5. Für weiterführende Informationen zur angestrebten „Vollendung" des europäischen Binnenmarktes seitens der britischen Regierung siehe: „The economic consequences for the UK and the EU of completing the Single Market", London: Department for Business, Innovation and Skills, Februar 2011.
6. „TTIP: Cross-cutting disciplines and Institutional provisions; Position paper – Chapter on Regulatory Coherence", Brüssel: Europäische Kommission, 2. Dezember 2013.
7. „Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) – Solving the Regulatory Puzzle", Rede des EU-Handelskommissars Karel De Gucht im Aspen Institute, Prag, 10. Oktober 2013.

2. **Intransparenz** und Demokratiefeindlichkeit

In einem im September 2013 veröffentlichten PR-Schreiben behauptet die EU-Kommission, dass von TTIP keine Gefahr für Verordnungen in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Umwelt oder Finanzsicherheit ausgehe, da die „Verhandlungen transparent sein werden".[8] In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall. In einem Schreiben an seinen US-amerikanischen Amtskollegen bestätigte der EU-Chefunterhändler Ignacio García Bercero, dass die EU-Kommission der Öffentlichkeit den Zugang zu allen Dokumenten verwehren würde, die mit den Verhandlungen oder der Entwicklung von TTIP in Zusammenhang stünden. Er versicherte ebenfalls, dass diese Dokumente bis zu 30 Jahre unter Verschluss gehalten würden.[9] Der EU-Handelskommissar Karel De Gucht teilte dem Europäischen Parlament mit, dass die Kommission die TTIP-Verhandlungen mit derselben Geheimhaltungsstufe führen würde, wie sie auch für frühere Handelsabkommen gegolten hatte. Er rief die Abgeordneten dazu auf, die „Vertraulichkeit" der Verhandlungen zu unterstützen.[10]

Nicht nur laufen die gesamten TTIP-Verhandlungen im Verborgenen, sondern die EU-Kommission behält sich zudem ihre strengsten Auflagen für die wichtigsten Dokumente vor. Dies gilt insbesondere für die Forderungen der US-amerikanischen VerhandlungspartnerInnen nach Deregulierung in den EU-Ländern. Den Verhandlungsprotokollen der Kommission nach, erhalten selbst RegierungsbeamtInnen der EU-Mitgliedsstaaten nur in bestimmten Lesesälen Zugang zu diesen Dokumenten und dürfen diese weder mitnehmen noch kopieren. Kritischer noch ist die Tatsache, dass es den gewählten Abgeordneten der EU-Mitgliedsstaaten, trotz der potentiellen Auswirkung auf das Leben ihrer Wähler-

8. *Transatlantic Trade and Investment Partnership: The Regulatory Part*, Brüssel: Europäische Kommission, September 2013.
9. „Arrangements on TTIP negotiating documents", Schreiben von Ignacio Garcia Bercero, EU-Chefunterhändler der TTIP Verhandlungen, an den US-Chefunterhändler L. Daniel Mullaney; Brüssel: Europäische Kommission, 5. Juli 2013.
10. Protokoll der Debatte „EU trade and investment agreement negotiations with the US" im Europäischen Parlament in Straßburg, 22. Mai 2013.



schaft, nicht gestattet sein wird, die Forderungen der USA an ihre Länder einzusehen. In einem Schritt, der an die Spionageaktivitäten des Kalten Krieges erinnert, hat die EU-Kommission sogar offizielle TTIP-Dokumente mit geheimen Kennzeichnungen versehen, um unerlaubte Weitergaben bis zu den Verantwortlichen zurückverfolgen zu können.[11]

Ein weiterer Hinweis darauf, wie eng der Informationszugang geregelt wird, ist die Einberufung eines Treffens von VertreterInnen der EU-Mitgliedsstaaten im November 2013 durch die EU-Kommission, bei dem diese in die Kontrolle und Koordination zukünftiger Kommunikation zum Thema TTIP eingewiesen wurden. Ein internes Papier der EU-Kommission, das im Zuge dieses Treffens vorbereitet (und später der dänischen Zeitschrift *Notat* zugespielt) wurde, rief die EU-Mitgliedstaaten zur Zusammenarbeit gegen die wachsende Besorgnis der Öffentlichkeit auf, dass TTIP die „Regulierungen und den bestehenden Schutz in Bereichen wie Gesundheit, Bildung und Umwelt untergraben“ könnte. Die EU-Kommission regte sogar an, die Einrichtung ihres neuen Twitter-Accounts zu den TTIP-Verhandlungen als Zeichen der Transparenz darzustellen, obwohl dieser, sowohl vorher als auch nachher, eindeutig als Propagandamittel der europäischen TTIP-Verhandlungsgruppe genutzt wird.[12]

In derselben Weise wird in den USA Kongressmitgliedern die Einsicht der EU-Forderungen an ihre Bundesstaaten verweigert. Entwürfe der Verhandlungspositionen werden jedoch den WirtschaftsberaterInnen der US-Regierung zur Verfügung gestellt werden. Diesen steht es wiederum frei, sie an ihre europäischen WirtschaftspartnerInnen weiterzugeben. Da die US-amerikanische Bevölkerung zunehmend erkennt, welche Risiken von TTIP für ihre Lebensgrundlagen ausgehen, wuchs die Sorge, der Kongress könnte die Verhandlungen ernsthaft erschweren. Dies gilt insbesondere für die von der EU erklärte Absicht, die beliebten „Buy America“-Vorschriften zu beseitigen, die in vielen US-Staaten zur Förderung lokaler Arbeitsplätze und Geschäfte zum Einsatz kommen. Mit dem Ziel dieser Gefahr entgegenzuwirken, wurde der stellvertretende britische Premierminister Nick Clegg im September 2013 mit einer

---

11. Staffan Dahllöf, „Elected politicians excluded from EU-US negotiations“, *Notat*, 19. Dezember 2013.

12. „Communicating on TTIP – Areas for cooperation between the Commission services and Member States“, Brüssel: Europäische Kommission, 7. November 2013; das Twitter-Handle der EU-Verhandlungsgruppe lautet @EU_TTIP_team.

eigens hierfür entworfenen Broschüre in die USA entsandt, um jeden einzelnen der 50 US-Bundesstaaten von den möglichen Vorteilen durch TTIP zu überzeugen.[13]

Während für die Verhandlungen strikte Geheimhaltung gilt, soll durch TTIP eine eigene Form von „Transparenz" eingeführt werden, die es transnationalen Unternehmen ermöglichen soll, der Einführung zukünftiger Regulierungen entgegenzuwirken, die ihre Gewinne einschränken könnten. Die US-Regierung hat öffentlich gefordert, der Wirtschaft auf beiden Seiten des Atlantiks eine größere Rolle bei der Festsetzung von Regulierungsstandards einzuräumen. Die EU-Kommission reagierte hierauf mit dem Vorschlag zur Einrichtung eines Regulierungsrates (*Regulatory Cooperation Council*). Dieser würde nicht nur die Umsetzung bestehender Deregulierungsverpflichtungen kontrollieren, sondern der Wirtschaft die Möglichkeit einräumen, weitere Verordnungen zu identifizieren, die nach Abschluss der TTIP-Verhandlungen beseitigt werden sollen. Zudem würden Unternehmen über Vorschläge neuer Regulierungen frühzeitig in Kenntnis gesetzt werden, um unerwünschte Einschränkungen ihrer Aktivitäten vor deren möglicher Einführung aus dem Weg räumen zu können.[14] Diese neue Macht der Unternehmen zur Kontrolle von Regulierungsstandards kam im November 2013 einen Schritt voran, als sich die europäischen und US-amerikanischen VerhandlungspartnerInnen darauf einigten, eine solche Instanz im Rahmen des TTIP-Abkommens einzuführen.[15]

---

13. *TTIP and the Fifty States: Jobs and Growth from Coast to Coast*, Washington DC: Atlantic Council, Bertelsmann Foundation und British Embassy in Washington, September 2013.

14. „The United States, the European Union, and the Transatlantic Trade and Investment Partnership", Rede des US-Handelsbeauftragten Michael Froman im German Marshall Fund, Brüssel, 30. September 2013; „Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) – Solving the Regulatory Puzzle", Rede des EU-Handelskommissars Karel De Gucht im Aspen Institute, Prag, 10. Oktober 2013.

15. „US, EU Agree in Principle to Seek Long-Term Regulatory Mechanism", *Inside US Trade*, 22. November 2013.

3. **„Andauernde und substantielle“** Bedrohung von Arbeitsplätzen

Viele Behauptungen wurden anlässlich der zu erwartenden Wirtschaftsleistung durch TTIP aufgestellt. Die am häufigsten genannte Zahl stammt aus einer Folgenabschätzung vom Zentrum für wirtschaftspolitische Forschung (CEPR) der EU-Kommission. Deren höchst optimistische Prognose zu den wirtschaftlichen Auswirkungen eines Abkommens zwischen der EU und den USA geht von einem möglichen Anstieg der EU-Wirtschaftsleistung um 0,5 Prozent im Jahr 2027 aus.[16] Unabhängige WissenschaftlerInnen, die auf die falschen Voraussetzungen der Studie aufmerksam gemacht haben, entlarvten diese Behauptung jedoch als „irreführend“. Die tatsächlichen Gewinne, von denen realistischerweise infolge von TTIP ausgegangen werden kann, sind laut dem Experten für die Einschätzung von EU-Freihandelsabkommen über einen Zeitraum von 10 Jahren „trivial“.[17]

Was den Verlust von Arbeitsplätzen betrifft, der typischerweise ein Ergebnis von Freihandelsabkommen darstellt, hat die EU-Kommission bestätigt, dass TTIP wahrscheinlich eine „andauernde und substantielle“ Verlagerung von Arbeitsplätzen für die europäischen ArbeitnehmerInnen mit sich bringen wird. Dies ist auf den Anreiz der Unternehmen zurückzuführen, Güter und Dienstleistungen aus US-Staaten zu beziehen, wo Arbeitsstandards niedriger sind und Gewerkschaftsrechte praktisch

---

16. „Reducing Transatlantic Barriers to Trade and Investment: An Economic Assessment“, London: Zentrum für wirtschaftspolitische Forschung, März 2013; andere Untersuchungen legen eine Reihe abweichender Szenarien nahe, vergleiche „Study on «EU-US High Level Working Group»: Final report“, Rotterdam: Ecorys, Oktober 2012; „Transatlantic Trade: Whither Partnership, Which Economic Consequences?“, Paris: CEPII, September 2013; *Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP): Who benefits from a free trade deal? Part 1: Macroeconomic Effects*, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 2013.

17. „EU-US trade deal claims «vastly overblown»“, Pressemitteilung der University of Manchester, 19. November 2013; Clive George, ‘What’s really driving the EU-US trade deal?’, *Open Democracy*, 8. Juli 2013.

nicht existieren (siehe unten).[18] Zu einem Zeitpunkt, an dem die Arbeitslosenraten in Europa bereits auf Rekordniveau liegen und die Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedsstaaten über 50 Prozent erreicht hat, erkennt die EU-Kommission „berechtigten Grund zur Sorge", dass die ArbeitnehmerInnen, die ihre Beschäftigung infolge von TTIP verlieren, keine neue Anstellung finden werden. Um die große Anzahl zusätzlicher Arbeitsloser unterstützen zu können, rät die EU-Kommission den Mitgliedsstaaten, auf Strukturfördermittel wie den Europäischen Globalisierungsfonds und den Europäischen Sozialfonds zurückzugreifen, die mit 70 Milliarden Euro für den Zeitraum 2014-2020 ausgestattet wurden.[19]

US-amerikanische ArbeitnehmerInnen sind aufgrund des 1994 zwischen den USA, Kanada und Mexiko in Kraft getretenen Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) bereits mit solchen Arbeitsplatzverlusten vertraut. Wie auch bei TTIP wurden die US-Gewerkschaften mit „falschen Versprechungen" hunderttausender zusätzlicher Arbeitsplätze gelockt, um sie zur Unterstützung des NAFTA-Abkommens zu bewegen. Tatsächlich aber führte NAFTA, laut einer Untersuchung des Washingtoner Economic Policy Institute der ersten zwölf Jahre des Abkommens, zu einem Verlust von mehr als einer Million Arbeitsplätzen in den USA und einer signifikanten Lohnsenkung, die weitere Millionen Arbeitskräfte betraf.[20] Die TTIP-Folgenabschätzung der US-Regierung unterliegt der Geheimhaltung, doch die Abschätzung der Europäischen Kommission legt nahe, dass TTIP gleichfalls zu einer enormen Verlagerung von Arbeitsplätzen für die US-ArbeitnehmerInnen führen wird, zuzüglich zu den bereits jetzt in den USA offiziell gemeldeten zwölf Millionen Arbeitslosen.

Sorge besteht auch, dass TTIP zu einer Herabsetzung jeglicher Arbeitsstandards führen könnte, die als „Handelshemmnisse" identifiziert wurden. Hierzu zählen beispielsweise kollektive Arbeitsvereinbarungen, die als Einschränkung des Wettbewerbsmodells angefochten werden könnten, um nur ein Beispiel zu nennen, das die EU-Kommission in einem

---

18. „Impact Assessment Report on the future of EU-US trade relations", Straßburg: Europäische Kommission, 12. März 2013, Abschnitt 5.9.2.

19. „Refocusing EU Cohesion Policy for Maximum Impact on Growth and Jobs: The Reform in 10 Points", Brüssel: Europäische Kommission, 19. November 2013.

20. Robert E. Scott, Carlos Salas und Bruce Campbell, „Revisiting NAFTA: Still not working for North America's workers", Washington DC: Economic Policy Institute, September 2006; Ben Beachy, „NAFTA at 20", Washington DC: Public Citizen, Januar 2014.



Bericht über Maßnahmen anführt, die ein „Hindernis" für den Handel zwischen den USA und der EU darstellen.[21] Die USA haben sich bekanntermaßen verweigert, die ILO-Konventionen über Kernarbeitsnormen wie Kollektivverhandlungen, Koalitionsfreiheit und Vereinigungsrecht zu unterzeichnen. Darüber hinaus haben rund die Hälfte der US-Bundesstaaten neue gewerkschaftsfeindliche Gesetze im so genannten Rahmenplan „Recht auf Arbeit" erlassen, die Gewerkschaftseinnahmen schwächen und es Unternehmen ermöglichen, Löhne, Krankenversicherungs- und Rentenleistungen der ArbeitnehmerInnen zu unterhöhlen.[22] Die Wirtschaft sieht TTIP als Chance, die Produktion dorthin zu verlegen, wo Löhne und Arbeitsrechte am schwächsten sind, und schafft so ihren eigenen „Wettlauf nach unten" zur Senkung von Arbeitskosten und zur Steigerung ihrer Profite. Von der EU-Kommission weiß man bereits, dass sie die Forderungen europäischer Wirtschaftsverbände nach Lohnsenkung und Schwächung der Arbeitsrechte innerhalb der EU unterstützt.[23]

Des Weiteren können, laut den im TTIP-Abkommen vorgeschlagenen Bestimmungen zum Investorenschutz (siehe unten), alle zukünftigen Verbesserungen der arbeitsrechtlichen Bestimmungen Kompensationsforderungen seitens europäischer und US-amerikanischer Konzerne nach sich ziehen. Das französische Unternehmen Veolia hat jüngst eine derartige Klage gegen Ägypten eingereicht wegen eines 15-jährigen Vertrags zur Abfallbeseitigung in Alexandria, den das Unternehmen im Oktober 2011 aufgekündigt hatte. Veolia verlangt nun Schadensersatz vom ägyptischen Staat, da sich u. a. die Bemühungen des Nationalen Lohnrates, die Löhne im öffentlichen und privaten Sektor mit der Inflation in Einklang zu halten, nachteilig auf ihre Gewinnspannen ausgewirkt hätten.[24] Die Angst vor ähnlich gelagerten Fällen unter TTIP könnte eine „abschreckende Wirkung" auf Länder haben, die infolgedessen davon absehen könnten, beschäftigungspolitische Verbesserungen einzuführen.

---

21. „Non-Tariff Measures in EU-US Trade and Investment – An Economic Analysis", Rotterdam: Ecorys, Dezember 2009, S. 111.
22. Elise Gould und Heidi Shierholz, „The Compensation Penalty of «Right-to-Work» Laws", Washington DC: Economic Policy Institute, Februar 2011.
23. „BusinessEurope and the European Commission: in league against labor rights?", Brüssel: Corporate Europe Observatory, 11. März 2013.
24. Veolia Propreté v. Arab Republic of Egypt (ICSID Case No ARB/12/15); Fanny Rey, „Veolia assigne l'Égypte en justice", *Jeune Afrique*, 11. Juli 2012.

4. **Deregulierung** der Lebensmittelsicherheit

Europäische Verordnungen zur Lebensmittelsicherheit – einschließlich gentechnisch veränderter Organismen (GVO), Pestiziden, hormonell behandeltes Rindfleisch und Wachstumsförderern – gehören zu den wichtigsten Aspekten, die Wirtschaftsverbände im Rahmen der TTIP-Verhandlungen abschaffen wollen. US-amerikanische Lebensmittelproduzenten unterliegen nicht den gleichen Umwelt- und Tierschutzstandards wie ihre europäischen Konkurrenten. Sie bemühen sich seit langem um die Beseitigung der EU-Kontrollen, die den Verkauf ihrer Produkte auf den europäischen Märkten einschränken. Von Beginn an hat die US-Regierung erklärt, die TTIP-Verhandlungen nutzen zu wollen, um gegen die EU-Regulierungen vorzugehen, die US-amerikanische Lebensmittelexporte blockieren. Hierzu zählen insbesondere die Bestimmungen zur Lebensmittelsicherheit, für deren Schutz sich die europäischen BürgerInnen seit Jahrzehnten einsetzen.[25]

Im Zentrum der Auseinandersetzungen steht das in der EU angewandte „Vorsorgeprinzip" zur Bestimmung von Lebensmittelsicherheitsstandards. Diesem Prinzip zufolge, kann ein Produkt auch dann vom Markt genommen werden, wenn ein Risiko für die menschliche Gesundheit besteht, obgleich nur unzureichende wissenschaftliche Daten vorliegen, die eine vollständige Einschätzung dieser potentiellen Gesundheitsgefährdung ermöglichen.[26] Kritisiert wird beim Vorsorgeprinzip zudem die Übertragung der Beweislast auf das Unternehmen, das ein potentiell gefährdendes Produkt auf den Markt bringen möchte: Die Gefährdung durch das Produkt muss nicht von öffentlicher Seite belegt werden, sondern die Unternehmen müssen nach-

25. Siehe beispielsweise in der offiziellen Mitteilung des US-Präsidenten an den Kongress zur Aufnahme der TTIP-Verhandlungen die Zusage, durch die Beseitigung sanitärer und phytosanitärer EU-Beschränkungen einen verbesserten Marktzugang für US-Exporte zu sichern: Brief des amtierenden US-Handelsbeauftragten Demetrios Marantis an John Boehner, Sprecher des US-Repräsentantenhauses, 20. März 2013.

26. Für eine umfassende Analyse siehe *Late lessons from early warnings: science, precaution, innovation*, Kopenhagen: Europäische Umweltagentur, Januar 2013.



weisen, dass ihr Produkt sicher ist. Die US-Regierung wendet das Vorsorgeprinzip nicht an, und Unternehmensverbände haben dafür gesorgt, dass die US-Standards in puncto Lebensmittelsicherheit weit hinter den europäischen zurückbleiben. Die angestrebte „Regulierungskonvergenz" durch TTIP soll die europäischen Standards den US-amerikanischen angleichen. Die folgenden Beispiele zeigen, was auf dem Spiel steht:

- Rund 70 Prozent der industriell verarbeiteten Lebensmittel, die in US-Supermärkten zum Verkauf stehen, enthalten mittlerweile genetisch veränderte Inhaltsstoffe. Im Gegensatz hierzu verkaufen europäische Supermärkte infolge des starken Widerstands der Öffentlichkeit so gut wie keine gentechnisch veränderten Lebensmittel. Nahrungsmittel, die gentechnisch veränderte Zutaten enthalten, müssen eindeutig gekennzeichnet sein. US-amerikanische Biotechnologieunternehmen möchten TTIP nutzen, um gegen die EU-Verordnungen zum Angriff zu blasen, während die US-Regierung gegen die Kennzeichnungspflicht in der EU vorgehen will. Die europäische Biotechnologiebranche arbeitet eng mit ihren US-amerikanischen KollegInnen zusammen, um durch TTIP die Verbreitung von GVO nach Europa auszuweiten.[27]
- US-Lebensmittelhersteller haben das EU-Kontrollsystem zum Einsatz von Pestiziden zu den wichtigsten Standards erklärt, die es unter TTIP zu entschärfen gilt.[28] Das Vorsorgeprinzip wurde mit den Verordnungen von 2009 zentral im EU-Kontrollsystem zum Einsatz von Pestiziden verankert, um die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu schützen. Doch eben diese Verordnungen haben, nach Aussagen der führenden UnterhändlerInnen, bereits Eingang in die TTIP-Verhandlungen gefunden, mit der Absicht, sie noch unter die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) zu drücken und die Unternehmen nur so wenig wie nötig zu belasten.[29]

---

27. Siehe beispielsweise die gemeinsame Eingabe der Industrieverbände BIO und EuropaBIO im Zuge der EU-US-Aufforderung zur Stellungnahme zu regulatorischen Fragen.

28. Richtlinie 2009/128/EG über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden und Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, beide 21. Oktober 2009.

29. „Second round of Transatlantic Trade and Investment Partnership: Report of stakeholder briefing", Brüssel: Europäische Kommission, 15. November 2013; Pressekonferenz der Chefunterhändler Dan Mullaney und Ignacio García Bercero im Anschluss an die dritte Verhandlungsrunde der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), Washington DC im Büro des US-Handelsbeauftragten, 20. Dezember 2013.

- Die geltenden Maximalwerte der EU-Kontrollen für endokrin wirksame Chemikalien (die das menschliche Hormonsystem beeinflussen) würden bislang 40 Prozent aller US-Lebensmittelexporte nach Europa verhindern. US-Branchenverbände bemühen sich um eine Abschaffung dieser Kontrollen unter TTIP.[30]
- Über 90 Prozent der Rindfleischproduktion in den USA erfolgt unter Einsatz von Rinderwachstumshormonen, die im Verdacht stehen, Krebserkrankungen beim Menschen zu verursachen. Entsprechende EU-Importbeschränkungen bestehen seit 1988. Die US-Regierung ist bereits auf WTO-Ebene gegen diese Beschränkungen vorgegangen. US-Branchenverbände fordern nun die Abschaffung dieser „unnötigen" Handelshemmnisse im Rahmen von TTIP.
- US-Geflügelproduzenten behandeln Hühner- und Truthahnfleisch vor dem Verkauf an die Konsumenten mit Chlor – eine Praktik, die in der EU seit 1997 verboten ist. Auch in diesem Fall hat die Regierung der USA das Verbot vor der WTO angefochten und die US-Unternehmen fordern nun seine Abschaffung im Zuge der TTIP-Verhandlungen. Die EU-Kommission hat sich in der Vergangenheit um eine Aufhebung des Verbots bemüht, scheiterte jedoch am Widerstand von Veterinärsachverständigen und EU-Abgeordneten.

Die EU-Kommission hat sich mehrfach mit VertreterInnen der Lebensmittelindustrie, die eine Verwässerung der EU-Verordnungen zur Lebensmittelsicherheit anstreben, hinter verschlossenen Türen getroffen. Man sollte nicht davon ausgehen, dass sie sich für den Schutz der gesundheitlichen Verbraucherinteressen einsetzen wird. In einem internen Positionspapier an die US-Regierung im Vorfeld der ersten TTIP-Verhandlungsrunde stimmte die EU-Kommission einer Überprüfung der Lebensmittelsicherheitsmaßnahmen „zum Zweck der Beseitigung unnötiger Hindernisse" zu.[31] Zum Zeichen ihrer Bereitschaft den US-Forderungen entgegenzukommen, hat die EU-Kommission bereits das europaweit geltende Importverbot für lebende Schweine und mit Milchsäure behandeltes Rindfleisch aus den USA aufgehoben, trotz der Einwände mehrerer EU-Mitgliedstaaten.[32]

---

30. „US Agricultural Exports Threatened by EU Pesticide Regulation", CropLife America, 21. November 2013.
31. „Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP): Note for the attention of the Trade Policy Committee", Brüssel: Europäische Kommission, 20. Juni 2013.
32. „In move towards trade talks, EU to lift ban on some US meats", EurActiv, 5. Februar 2013; „Member States resist lactic acid cleaning for carcasses", *EU Food Law*, 12. Oktober 2012.

5. **Deregulierung** von Umweltstandards

Die EU-Kommission hat offen eingeräumt, dass mit TTIP der Druck auf die Umwelt zunehmen wird, weil der Handel zwischen der EU und den USA unter TTIP „in jedem Fall" zu einer Steigerung von Produktion, Verbrauch und internationalem Güterverkehr führen wird. Die Folgenabschätzung der EU-Kommission selbst kommt zu dem Schluss, dass diese Produktionssteigerung im Gegenzug „eine Gefahr für die natürlichen Ressourcen und die Erhaltung der Artenvielfalt" mit sich bringen wird.[33] Hinsichtlich der Treibhausgasemissionen geht die EU-Kommission davon aus, dass ihr favorisiertes Ergebnis von TTIP zu einer Freisetzung von elf Millionen zusätzlicher Tonnen CO_2 führen wird. Dies dürfte die Einhaltung der EU-Reduktionsverpflichtungen nach dem Kyoto-Protokoll erschweren.[34] Keine dieser Feststellungen hat die EU-Kommission jedoch dazu veranlasst, ihre Unterstützung für TTIP zu überdenken.

In erster Linie droht TTIP zentrale Umweltvorschriften innerhalb der EU zu untergraben, die deutlich höhere Sicherheitsstand garantieren als in den USA. Zu diesen gehört insbesondere die 2007 von der EU eingeführte REACH-Verordnung für Chemikalien, die dem Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt vor gefährlichen Stoffen dient, die in Unternehmen in Herstellungs- oder anderen Prozessen zum Einsatz kommen.[35] Die REACH-Verordnung basiert auf dem im vorherigen Abschnitt erläuterten Vorsorgeprinzip und zwingt die Industrie zum Nachweis der Sicherheit von Chemikalien vor deren Zertifizierung zur kommerziellen Nutzung. Im Gegensatz hierzu muss laut dem US-amerikanischen Gefahrstoff-Überwachungsgesetz (TSCA) von 1976 die staatliche Regulierungsstelle nachweisen, dass eine Chemikalie giftig

---

33. „Impact Assessment Report on the future of EU-US trade relations", Straßburg: Europäische Kommission, 12. März 2013, Abschnitt 5.8.2.

34. *ibid*, Abschnitt 5.8.1.

35. Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 für die Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien (REACH-Verordnung), 18. Dezember 2006.

ist, bevor ihr Einsatz beschränkt werden kann und begrenzt jegliche Einschränkungen auf das möglichste „Mindestmaß". Unter TSCA ist es der US-amerikanischen Umweltschutzbehörde von den 84.000 Chemikalien, die seit 1976 in den USA kommerziell genutzt werden, nur in sechs Fällen gelungen Kontrollen einzuführen.[36] Ein solch lockeres System hat unmittelbare Auswirkungen auf den Grad, in dem die Bevölkerung Gesundheitsrisiken ausgesetzt ist: Während die EU die Nutzung von 1.200 Inhaltstoffen für Kosmetika gesperrt hat, verbietet die USA nur ein Dutzend.[37] Umwelt- und Verbraucherschutzverbände in den USA engagieren sich seit langem dafür, das TSCA-Gesetz durch Verordnungen im Sinne von REACH zu ersetzen.[38] Lobbygruppen aus der Wirtschaft hingegen wehren sich entschieden gegen die EU-Sicherheitsanforderungen und wollen den deregulierenden Rahmen von TTIP nutzen, um REACH den schwächeren US-Bestimmungen anzupassen. Die EU-Kommission sieht zwar eine grundlegende Unvereinbarkeit des europäischen und des US-amerikanischen Ansatzes, strebt aber dennoch eine mögliche „regulatorische Konvergenz und Anerkennung innerhalb der Chemiebranche" im Interesse ihrer Industriepartner an.[39] Europäische Unternehmen sind gern bereit, sich diesen Positionen anzuschließen und TTIP zur Abschaffung von Umweltverordnungen zu nutzen, die sie ihrer Meinung nach im Vergleich zu ihren globalen KonkurrentInnen ungerechtfertigterweise benachteiligen.

Eine Reihe anderer wichtiger Umweltverordnungen ist ebenfalls von den Deregulierungsbestrebungen unter TTIP bedroht. Die US-Produzenten von Agrokraftstoffen kritisieren die Nachhaltigkeitsanforderungen der EU-Richtlinie über erneuerbare Energien. Sie haben Interesse daran,

---

36. „Submission of Centre for International Environmental Law (CIEL) before US Senate Committee on Finance hearing on the Transatlantic Trade and Investment Partnership", Washington DC: CIEL, 30. Oktober 2013; siehe auch „Chemical Regulation: Comparison of US and Recently Enacted European Union Approaches to Protect against the Risks of Toxic Chemicals", Washington DC: Government Accountability Office, August 2007.

37. Kim Egan, „Is Europe the New America?", Saltbox Consulting, 24. September 2013.

38. Auch das neue Gesetz zur Verbesserung der Sicherheit von Chemikalien, das derzeit im Kongress verhandelt wird, stellt den „risikobasierten" Ansatz von TSCA nicht in Frage; siehe beispielsweise Karuna Jaggar, „The Chemical Safety Improvement Act Falls Short: Open Letter to Congress", *Huffington Post*, 12. November 2013.

39. „Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP): Note for the attention of the Trade Policy Committee", Brüssel: Europäische Kommission, 20. Juni 2013; Annex II: „Chemicals in TTIP".

die EU-Verordnungen mit den niedrigeren Standards der USA „in Einklang zu bringen". Die US-Regierung nutzt TTIP ebenfalls, um die EU-Richtlinie über erneuerbare Energien auszuhöhlen, mit dem Ziel den US-Raffinerien den Export von Erdöl nach Europa zu erleichtern, das mit zerstörerischen Folgen für die Umwelt aus kanadischen Ölsanden gewonnen wurde.[40] Hinzu kommt, dass TTIP massiven Exporten US-amerikanischer Schiefergase nach Europa die Tür öffnen würde, was eine Ausweitung des hydraulisches Aufbrechens (Fracking) nach sich zöge. Zudem würde es US-Unternehmen ermöglichen, das Fracking-Verbot anzufechten, so wie im Fall des US-Energiekonzerns Lone Pine Resources, der derzeit die NAFTA-Bestimmungen dazu nutzt, die kanadische Regierung wegen ihres Moratoriums gegen Fracking in Québec zu verklagen.[41]

---

40. Kate Sheppard, „Michael Froman, Top US Trade Official, Sides With Tar Sands Advocates In EU Negotiations", *Huffington Post*, 24. September 2013.

41. „Lone Pine Resources files outrageous NAFTA lawsuit against fracking ban", gemeinsame Presseerklärung von Sierra Club und dem Council of Canadians, 2. Oktober 2013.

6. Angriff auf die öffentlichen Dienstleistungen

TTIP zielt nicht nur darauf ab, Verordnungen im Bereich Umweltschutz und Lebensmittelsicherheit zu lockern, sondern auch die Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte sicherzustellen. Hierzu zählt auch die Freigabe öffentlicher Dienste wie Gesundheit, Bildung und Wasserversorgung für private Unternehmen. US-Unternehmen sind besonders daran interessiert, Zugang zu den öffentlichen Gesundheitssystemen in Europa zu erhalten, in denen sie riesige Märkte sehen, die es zu erschließen gilt. Die US-Regierung bestätigt, dass sie TTIP nutzen wird, um die europäischen Dienstleistungsmärkte zu Gunsten des US-amerikanischen Kapitals zu erschließen. Insbesondere will sie gegen das Bestehen ausgewiesener Monopole im Bereich der öffentlichen Versorgungsunternehmen vorgehen.[42] Britische Abgeordnete haben auf die Gefahr hingewiesen, dass der Nationale Gesundheitsdienst durch TTIP „zugrunde gerichtet" werden könnte, wenn US-Unternehmen das Recht erhalten, bei Ausschreibungen von Klinikverträgen mitzubieten.[43]

Die EU-Kommission hat behauptet, öffentliche Dienste wären von TTIP nicht betroffen, aufgrund des Ausschlusses von Dienstleistungen „die in Ausübung hoheitlicher Gewalt erbracht werden", wie es im Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) der WTO festgelegt wurde.[44] Doch die Kommission hat schon vor langer Zeit eingeräumt, dass diese Klausel, aufgrund ihrer engen Definition der Dienste, die sich für einen Ausschluss qualifizieren, keinen Schutz für die öffentlichen Dienstleistungen darstellt. Die EU sah sich daraufhin gezwungen, eine weitere Einschränkung in ihre ursprüngliche Liste der Verpflichtungen von 1995

---

42. Schreiben des amtierenden US-Handelsbeauftragten Demetrios Marantis an John Boehner, Sprecher des US-Repräsentantenhauses, 20. März 2013.

43. „Privatisation agenda drives Tory policy on NHS, says Burnham", *Independent*, 10. Januar 2014.

44. „Directives for the negotiation on the Transatlantic Trade and Investment Partnership between the European Union and the United States of America", Brüssel: Rat der Europäischen Union, 17. Juni 2013, Abschnitt 20.

aufzunehmen, um ihre öffentlichen Dienste von den GATS-Bestimmungen ausnehmen zu können. Seit damals ist die Kommission jedoch dazu übergegangen, von einem Ausschluss der „öffentlichen Versorgungsunternehmen" abzusehen, mit der Begründung, dass sie die öffentlichen Dienste gern innerhalb der EU-Handelsabkommen **einbezogen** sähe. Ausgenommen sind hiervon lediglich sicherheitsrelevante Dienste, wie das Rechtswesen, der Grenzschutz oder die Luftverkehrskontrolle.[45]

Neben der Aussicht, dass öffentliche Dienste profitorientierten Unternehmen überlassen werden, gehört zu den tückischsten Folgen von Handelsabkommen wie TTIP, dass es den Ländern im Grunde genommen unmöglich gemacht wird, öffentliche Dienste wieder selbst zu übernehmen, sofern sie einmal privatisiert wurden. Dieser „Lock-In-Effekt" wird noch verstärkt, wenn TTIP sich für den so genannten Negativlisten-Ansatz entscheiden sollte, wie im Fall des neuen Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada. Hier werden alle Dienstleistungsbereiche liberalisiert, sofern sie nicht ausdrücklich als Ausnahmen aufgeführt wurden (nach dem „List it or lose it"-Modell). Dies stellt eine dramatische Abwendung vom „Positivlisten-Ansatz" dar, demzufolge nur explizit benannte Bereiche dem Wettbewerb ausländischer Unternehmen geöffnet werden und der bislang von der EU angewendet wurde. Europäische Wirtschaftsverbände haben sich der Forderung ihrer US-amerikanischen KollegInnen angeschlossen, den Negativlisten-Ansatz für TTIP zu verwenden, um so die Anzahl der zu liberalisierenden Dienstleistungsbereiche zu maximieren.[46]

In gleicher Weise erhielten ausländische InvestorInnen die Möglichkeit, die Länder, in denen sie Investitionen tätigen, wegen Profiteinbußen infolge von Rekommunalisierungen zu verklagen, sofern Investitionsschutzmaßnahmen im TTIP aufgenommen würden (siehe unten). Einer der ersten Schritte der linksgerichteten Regierung, die in Reaktion auf die ungeliebte Privatisierung des Gesundheitswesens von der slowakischen Bevölkerung im Jahr 2006 gewählt wurde, war die Einschränkung des Rechts privater Versicherungsunternehmen Gewinne aus dem öffentlichen Gesundheitssystem abzuziehen. Im Gegenzug verklagten mehrere Krankenversiche-

---

45. „Commission Proposal for the Modernisation of the Treatment of Public Services in EU Trade Agreements", Brüssel: Europäische Kommission, 26. Oktober 2011.

46. 'Regulatory Cooperation Component in the services sectors to an EU-US Economic Agreement', gemeinsame Stellungnahme des European Services Forums und der Coalition of Service Industries, 12. November 2012; „EUROCHAMBRES views and priorities for the negotiations with the United States for a Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)", Positionspapier von EUROCHAMBRES, 6. Dezember 2013.

rungsunternehmen die slowakische Regierung auf Schadensersatz. Das niederländische Unternehmen Achmea sicherte sich letztlich € 29,5 Millionen an öffentlichen Mitteln als „Entschädigung". Mit seiner wegweisenden Klage aus dem Jahr 2013 bemüht sich Achmea nun darum, dieselben Rechte geltend zu machen, um die slowakische Regierung daran zu hindern, ein staatliches Krankenversicherungssystem für alle EinwohnerInnen einzuführen.[47]

Auch in der Europäischen Kommission selbst sorgt man sich aufgrund der Bedrohung des Gesundheitswesens durch TTIP. Der Leiter des Gesundheitsreferats, Bernie Merkel, mahnte an, dass die EU dafür kämpfen müsse, ihr öffentliches Gesundheitswesen vor den US-Forderungen nach Marktöffnung im TTIP zu schützen. Vor dem Europäischen Gesundheitsforum im Oktober 2013 warnte Bernie Merkel die Menschen davor, sich der Illusion hinzugeben, TTIP könne zu einer Verbesserung der Standards in der medizinischen Versorgung oder beim Zugang zu Medikamenten beitragen: „Sie müssen bedenken, dass Amerika für Wohlhabende gut funktioniert, aber für Arme weniger."[48]

Gleichzeitig möchte die EU-Kommission TTIP zur Schwächung wichtiger Finanzregulierungen nutzen, die infolge der Finanzkrise von 2008 eingeführt wurden. Trotz der einhelligen Meinung, dass die so genannten „Light touch"-Regelungen die Hauptschuld am Crash von 2008 tragen, versucht die EU-Kommission nun sogar, weitere Deregulierungen durchzusetzen und fordert, das Thema in die TTIP-Verhandlungen aufzunehmen. Dies ist dem Einfluss der britischen Regierung geschuldet, die im Auftrag ihrer mächtigen Londoner Finanzlobby agiert. Unterstützt wird sie von der deutschen Regierung, die im Interesse ihrer Bankenbranche handelt sowie den größten US-Banken, die TTIP dazu nutzen wollen, die neuen Vorschriften zu schwächen, die mit dem Dodd-Frank Act unter der Obama Regierung eingeführt wurden.[49] Die US-Regierung hat bereits zugestimmt, eine Lockerung der Regelungen des Zugangs zu Finanzdienstleistungsmärkten zu verhandeln, einschließlich der Beseitigung der Kapitalverkehrskontrollen.[50]

Über den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen hinaus planen die EU-Kommission und die US-Regierung auch die Öffnung des öffentlichen Be-

---

47. Laurence Franc-Menget, „ACHMEA II – Seizing Arbitral Tribunals to Prevent Likely Future Expropriations: Is it an Option?", Kluwer Arbitration Blog, 28. März 2013.
48. "TTIP: Health sector braced for «damage control»", EurActiv, 7. Oktober 2013.
49. James Politi und Alex Barker, „White House set for Wall Street clash over trade talks", *Financial Times*, 7. Juli 2013.
50. Myriam Vander Stichele, „TTIP Negotiations and Financial Services: Issues and Problems for Financial Services Regulation", Amsterdam: SOMO, 16. Oktober 2013.

schaffungswesens für die Privatwirtschaft durch TTIP. Dies bedeutet, dass etliche Richtlinien zum öffentlichen Beschaffungswesen auf kommunaler Ebene zur Unterstützung wichtiger sozialer und umweltpolitischer Ziele nicht länger gestattet sein werden. Die EU hat ihre Absicht signalisiert, die beliebten „Buy America"-Vorschriften aus der Welt zu schaffen, die in vielen US-Staaten zur Förderung lokaler Arbeitsplätze und Geschäfte genutzt werden.[51] Die US-Regierung hat angekündigt, bestehende Beschaffungsinitiativen in der EU, wie den Einkauf regionaler Lebensmittel durch Schulen und andere öffentliche Einrichtungen, ins Visier zu nehmen.[52] Abermals sind die einzigen Nutznießer transnationale Unternehmen, die lokale Anbieter verdrängen und deren Aufträge übernehmen.

Keiner dieser Punkte muss unweigerlich aufgenommen werden. Im Juni 2013 verkündete die französische Regierung, dass es ihr gegen den Widerstand Großbritanniens, Deutschlands und der EU-Kommission gelungen sei, audiovisuelle Dienstleistungen aus dem TTIP-Mandat der EU-Kommission herauszuhalten. Erreicht hatte sie dies mit Hilfe der „kulturellen Ausnahmebestimmung", dank derer ihre heimische Filmindustrie bislang vor ausländischer Konkurrenz geschützt werden konnte. In einer hitzigen Debatte im EU-Außenministerrat hatte Frankreich damit gedroht, ein Veto gegen die Aufnahme der TTIP-Verhandlungen einzulegen, wenn die kulturelle Ausnahmebestimmung nicht respektiert würde. Die US-Regierung bekräftigte indessen, sich „offensiv" für ihre Film- und Fernsehindustrie einsetzen zu wollen, um audiovisuelle Dienste in die Verhandlungen einzubeziehen.[53] Gereizt davon, dass es ihr nicht gelungen ist, ein volles Mandat für alle Bereiche zu erhalten, besteht die EU-Kommission darauf, dass es „keine Ausgliederung" der audiovisuellen Dienste im Rahmen von TTIP geben kann, und wird möglicherweise versuchen, sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzunehmen.[54]

---

51. James Politi, „Buy America laws raise hurdles in European talks", *Financial Times*, 26. Juni 2013; die „Buy America"-Vorschriften werden in Abschnitt 24 des im Juni 2013 bestätigten Verhandlungsmandats der EU-Kommission ausdrücklich zur Zielvorgabe erklärt.

52. „EU-US trade deal: A bumper crop for »big food«?", Friends of the Earth Europe und Institute for Agriculture and Trade Policy, Oktober 2013.

53. Schriftliche Anwort des US-Handelsbeauftragten Michael Froman an das Committee on Ways and Means zur handelspolitischen Agenda des Präsidenten, 18. Juli 2013.

54. „Member States endorse EU-US trade and investment negotiations", Brüssel: Europäische Kommission, 14. Juni 2013; „M. Barroso, vous n'êtes ni loyal ni respectueux!", *Le Monde*, 18. Juni 2013.

7. **Gefährdung** der Privatsphäre

Obwohl TTIP primär auf Deregulierung zu Gunsten der Wirtschaft abzielt, sollen ferner Unternehmensgewinne gesteigert werden, indem der Informationszugang der Bevölkerung beschränkt wird. Das TTIP-Kapitel über geistige Eigentumsrechte soll Verordnungen zu Urheberrechten, Patenten und Handelsmarken umfassen, um auf Kosten des öffentlichen Zugangs zu Wissen in der EU und den USA die unternehmerische Kontrolle zu stärken. Wichtige Ausnahmeregelungen im Urheberrecht für Schulen, Bibliotheken, Fernunterricht und Menschen mit Behinderung könnten so verloren gehen. Gleichzeitig bemüht sich die pharmazeutische Industrie TTIP zu nutzen, um den Zugang der Öffentlichkeit zu Daten aus klinischen Studien zu beschränken. Ein Schritt, der zukünftig zur Untergrabung der Transparenz sowie zu Kostenerhöhungen in den nationalen Gesundheitssystemen führen wird.[55]

Ein zugespieltes Dokument der EU-Kommission hat zudem die Angst geschürt, dass TTIP der Wiedereinführung zentraler Elemente des Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommens (ACTA) dienen könnte, das bereits im Jahr 2012 vom EU-Parlament abgelehnt worden war.[56] Das Gesetzesvorhaben wurde in Europa weithin als Angriff auf die bürgerlichen Freiheiten verurteilt, weil es eine aktive Überwachung der Online-Aktivitäten sowie die Meldung aller der Urheberrechtsverletzung verdächtigten Personen durch die Internetanbieter notwendig gemacht hätte. Die Abgeordneten stimmten mit einer überwältigenden Mehrheit von 478 zu 39 gegen ACTA. Es war das erste Mal, dass das EU-Parlament von seinen neuen Rechten aus dem Lissabon-Vertrag zur Ablehnung eines internationalen Handelsabkommens Gebrauch machte. Der schottische EU-Abgeordnete und Berichterstatter für ACTA, David Martin, bezeich-

---

55. Jim Murray, „New fronts in the struggle for transparency", BMJ Blogs, 13. Dezember 2013.

56. „Transatlantic Trade and Investment Partnership negotiations (TTIP): The Information and Communication Technology (ICT) sector", Brüssel: Europäische Kommission, 2013.

nete vor seinen KollegInnen die Annahme eines Abkommens, das hinter verschlossenen Türen verhandelt und dem EU-Parlament als vollendete Tatsache vorgelegt würde, als undenkbar.

TTIP wird ebenfalls zu einer Schwächung der Datenschutzrechte führen, indem Unternehmen der Zugang zu individuellen persönlichen Daten für kommerzielle Zwecke erleichtert wird. Um den Weg zur regulatorischen Kohärenz unter TTIP zu ebnen, hat die Kommission bereits EU-Regelungen zum Datenschutz verwässert, indem eine der wichtigsten Schutzbestimmungen gegen das Ausspionieren der EU-BürgerInnen durch die US-Geheimdienste beseitigt wurde.[57] Jüngste Ironie des Schicksals ist die Tatsache, dass den Dokumenten des Whistleblowers Edward Snowden zufolge, die US-Regierung Büros der EU in New York, Washington und Brüssel verwanzt und ihr Computernetzwerk infiltriert hat, um so Zugang zu internen E-Mails und Dokumenten der EU zu erhalten. Forderungen von EU-Abgeordneten, die Gespräche angesichts dieses Skandals auszusetzen, unterstützte die EU-Justizkommissarin Viviane Reding mit den Worten: „Wir können nicht über einen großen transatlantischen Markt verhandeln, wenn der leiseste Verdacht besteht, dass unsere Partner die Büros unserer Verhandlungsführer ausspionieren."[58]

---

57. James Fontanella-Khan, „Washington pushed EU to dilute data protection", *Financial Times*, 12. Juni 2013.

58. Claus Hecking und Stefan Schultz, „Spying »Out of Control«: EU Official Questions Trade Negotiations", *Der Spiegel*, 30. Juni 2013; Laura Poitras, Marcel Rosenbach, Fidelius Schmid und Holger Stark, „Attacks from America: NSA Spied on European Union Offices", *Der Spiegel*, 29. Juni 2013.

8. ISDS: eine Bedrohung der Demokratie

Die vielleicht größte Bedrohung durch TTIP ist die Absicht, transnationalen Unternehmen das Recht einzuräumen, einzelne Länder wegen Gewinnverlusten infolge von politischen Beschlüssen zu verklagen. Die Einschaltung von „Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren" (ISDS) hat es mit diesen Konsequenzen so noch nicht gegeben. Transnationales Kapital wird hier dem Rechtsstatus eines Nationalstaates gleichgestellt. Unter TTIP erhielten europäische und US-amerikanische Unternehmen das Recht, demokratische Entscheidungen souveräner Staaten anzufechten und Kompensationen zu fordern, wenn sich diese nachteilig auf ihre Gewinne auswirkten.

Die USA haben bis heute in allen ihren bilateralen Investitionsabkommen auf die Einführung von ISDS bestanden. Einzig Australien ist es gelungen, von dieser Regel abzuweichen. Unter ISDS können ausländische Unternehmen Schadensersatzforderungen an die Standortländer richten, selbst wenn sie keinen Vertrag mit deren Regierung geschlossen haben. Zudem steht es den InvestorInnen offen, die nationalen Gerichte zu umgehen und ihre Forderungen direkt bei den internationalen Schiedsgerichten vorzutragen. Hierdurch wird der übliche Anspruch verletzt, erst einmal alle lokalen Möglichkeiten auszuschöpfen, bevor man sich an internationale Instanzen wenden darf. In einigen Fällen haben sich heimische Unternehmen die Identität eines ausländischen Investors zugelegt, um so die Vorteile von ISDS nutzen zu können und ihre eigene Regierung zu verklagen.[59]

Die Schiedsgerichte selbst sind wenig besser als Scheingerichte. Die SchlichterInnen am Schiedsgericht sind keine ordentlichen RichterInnen mit entsprechender Autorität, wie die der nationalen Justizbehörden.



59. Gus Van Harten, *Investment Treaty Arbitration and Public Law*, Oxford: Oxford University Press, 2007.

Vielmehr handelt es sich um ein Klüngel von auf Gesellschaftsrecht spezialisierten AnwältInnen, die im Ad-hoc-Verfahren ernannt werden und ein eigennütziges Interesse daran haben, im Sinne der Unternehmen zu entscheiden.[60] Die Verhandlungen finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und den RichterInnen wurde so häufig eine fehlerhafte Anwendung der Gesetze nachgewiesen, dass selbst die UnterstützerInnen der Idee der internationalen Schiedsverfahren von einem Verlust jeder Glaubwürdigkeit sprechen. In einer öffentlichen Stellungnahme haben 50 JuraprofessorInnen und andere WissenschaftlerInnen dazu aufgerufen, das System abzuschaffen und den staatlichen Gerichten die Verfahrensführung rückzuübertragen.[61]

Dort wo ISDS durch bilaterale Investitionsvereinbarungen oder andere Freihandelsabkommen eingeführt wurde, entstand bereits erheblicher Schaden für Politik und Demokratie.[62] Hier einige der relevantesten Beispiele:

- Der schwedische Vattenfall-Konzern verklagt die deutsche Bundesregierung auf 3,7 Milliarden Euro wegen ihrer Entscheidung zum Atomausstieg nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima. Das Unternehmen war bereits in einem früheren Verfahren gegen die Umweltverordnungen der Stadt Hamburg erfolgreich, die angesichts der Gegenwehr von Vattenfall wieder entschärft wurden.
- In einem der ersten ISDS-Verfahren gegen Kanada unter NAFTA, sah sich das Land gezwungen, sein Verbot des Kraftstoff-Additivs MMT infolge der Klage des US-Unternehmens Ethyl aufzuheben. In einem späteren Fall zu Wasser- und Einschlagsrechten musste Kanada dem heimischen Papierhersteller AbitibiBowater 122 Millionen US-Dollar zahlen. Das Unternehmen hatte die NAFTA-Bestimmungen genutzt, um von seinem US-Firmensitz aus die eigene Regierung zu verklagen.
- Der US-Tabakriese Phillip Morris führt eine Milliarden-Dollar-Klage gegen die Regierung Australiens, wegen ihrer gesundheitspolitischen Entscheidung, dass Zigaretten nur noch in neutralen Packungen ohne

---

60. Pia Eberhardt und Cecilia Olivet, *Profiting from Injustice: How Law Firms, Arbitrators and Financiers are Fuelling an Investment Arbitration Boom*, Amsterdam: Corporate Europe Observatory und Transnational Institute, 2012.

61. „Public Statement on the Investment Regime“, 31. August 2010, erhältlich in verschiedenen Sprachen unter: www.osgoode.yorku.ca/public_statement.

62. Für weitere Beispiele siehe John Hilary, *The Poverty of Capitalism: Economic Meltdown and the Struggle for What Comes Next*, London: Pluto Press, 2013, Kapitel 3.

Markenlogo verkauft werden dürfen. Phillip Morris verklagt auch Uruguay wegen seiner Maßnahmen zur Eindämmung des Rauchens, denen zufolge die Warnhinweise nun 80 Prozent der Zigarettenpackung einnehmen müssen.

- Kein Land hat mehr mit ISDS-Verfahren zu kämpfen als Argentinien. Viele der Fälle richten sich gegen die Entscheidung des Landes von 2002, die Anbindung der eigenen Währung an den US-Dollar aufzuheben. Nach langen Verhandlungsjahren sah sich die argentinische Regierung im Oktober 2013 gezwungen, die Forderungen von fünf Unternehmen mit über 500 Millionen Dollar zu begleichen.
- Die bisher höchste Schadensersatzforderung infolge von ISDS traf Ecuador mit 1,7 Milliarden US-Dollar, aufgrund der Beendigung des Vertrags mit Occidental Petroleum, nachdem das Unternehmen gegen ecuadorianisches Recht verstoßen hatte. Die ecuadorianische Klage über 19 Milliarden US-Dollar gegen Chevron, aufgrund der Verseuchung des Amazonas-Regenwalds für einen Zeitraum von mehr als zwei Jahrzehnten, wurde von einem anderen Gericht abgewiesen.

Die Anwendung von ISDS durch transnationale Unternehmen hat mittlerweile erschreckende Ausmaße angenommen. Man weiß von mehr als 500 Verfahren, die gegen mindestens 95 Länder eingeleitet wurden. 400 von ihnen allein in den letzten 10 Jahren.[63] Vermutlich sind noch viele weitere geführt worden, ohne dass die Öffentlichkeit hiervon erfahren hätte, was auf die Geheimhaltung der Prozesse zurückzuführen ist.

RegierungsbeamtInnen in ganz Europa bezweifeln, dass es ratsam wäre, ISDS überhaupt im TTIP aufzunehmen. Die britische Regierung beauftragte die London School of Economics mit einer Kosten-Nutzen-Analyse der Aufnahme von Investitionsschutzbestimmungen in einem möglichen EU-US-Abkommen. Das Gutachten kam zu dem Schluss, dass ein solcher Schritt Großbritannien vermutlich noch mehr Auseinandersetzungen und Kosten bescheren würde als Kanada unter NAFTA. Gleichzeitig sei es „sehr unwahrscheinlich", dass hierdurch weitere Investitionen gewonnen würden (denn kein bilaterales Abkommen mit einem anderen Industriestaat hat jemals zu einer Steigerung von US-Investitionen geführt). Die Autoren der Untersuchung rieten der Regierung, die Auf-

63. „Recent Developments in Investor-State Dispute Settlement (ISDS)", Geneva: United Nations Conference on Trade and Development, Mai 2013.



nahme von Investitionsschutzmaßnahmen bei TTIP noch einmal zu überdenken.[64]

Die EU-Kommission hat sich bereits für eine Form des ISDS-Systems entschieden, die sie gern in TTIP aufnehmen würde.[65] Ihre Position steht jedoch zunehmend in der Kritik zivilgesellschaftlicher Gruppen, die u. a. im Dezember 2013 in einem gemeinsamen Schreiben von 200 europäischen, US-amerikanischen sowie internationalen Organisationen zum Ausdruck kam. Auch die Regierungen einiger EU-Mitgliedsstaaten selbst äußerten sich kritisch.[66] In Reaktion auf diese Kritik kündigte die EU-Kommission im Januar 2014 an, die Verhandlungen über ISDS im Rahmen von TTIP für einen Zeitraum von drei Monaten auszusetzen, um eine „Konsultation" der europäischen Öffentlichkeit durchzuführen.[67] Spätere Kommentare durch EU-Handelskommissar Karel De Gucht offenbarten, dass diese mehr der Überzeugung einer skeptischen Öffentlichkeit als einer Überprüfung der Absichten der EU-Kommission dienen sollte.[68]

---

64. Lauge N. Skovgaard Poulsen, Jonathan Bonnitcha und Jason Webb Yackee, „Costs and Benefits of an EU-USA Investment Protection Treaty", London: London School of Economics, April 2013.

65. „TTIP negotiations: Modified EU draft proposals on trade in services, investment and electronic commerce", Brüssel: Europäische Kommission, 2. Juli 2013.

66. Offener Brief der Zivilgesellschaft zum TTIP an den US-Handeslbeauftragten Michael Froman und den EU-Handelskommissar Karel De Gucht, 16. Dezember 2013.

67. „Commission to consult European public on provisions in EU-US trade deal on investment and investor-state dispute settlement", Brüssel: Europäische Kommission, 21. Januar 2014.

68. „The Transatlantic Trade and Investment Partnership: Where do we stand on the hottest topics in the current debate?", Rede von EU-Handelskommissar Karel De Gucht in der Atlantikbrücke, Düsseldorf, 22. Januar 2014.

9. Wachsender Widerstand

Auf beiden Seiten des Atlantiks wächst der Widerstand gegen TTIP, weil sich die Menschen der Gefahr für die unterschiedlichen Lebensbereiche durch die Verhandlungen bewusst werden. AktivistInnen für Gesundheit, soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz schließen sich mit Gewerkschaften und Verbraucherverbänden in der EU und den USA zusammen, um sich gegen die Deregulierungsbestrebungen von TTIP zu wehren. Abgeordnete aus ganz Europa haben ihre Besorgnis über die Bedrohung durch TTIP zum Ausdruck gebracht: Die SenatorInnen aller politischen Parteien kritisierten die französische Regierung in einer hitzigen Debatte im Januar 2014, für ihre Bereitschaft das Abkommen zu unterstützen. Gleichzeitig haben Abgeordnete unterschiedlicher politischer Fraktionen kritische Anfragen zum TTIP in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden gestellt.[69] In einer Reihe von Schreiben haben 178 Kongressmitglieder gegenüber Präsident Obama ihrem wachsenden Unmut über die US-Handelspolitik Ausdruck verliehen und einer möglichen Erteilung eines so genannten „Schnellspurmandats" für die Verhandlung weiterer Handelsabkommen in ihrem Namen eine Abfuhr erteilt. Letztlich entscheiden die Kongressmitglieder über die Annahme oder Ablehnung von TTIP.[70]

Auch andere internationale Handelsstaaten sind besorgt über eine mögliche Beeinträchtigung ihrer Interessen durch TTIP. Der Schritt, die EU-US-Handelsbeziehungen zu vertiefen, gilt als Versuch die Wirtschaft von Schwellenländern wie China, Brasilien und Indien außer Gefecht zu

---

69. „French senators strongly attack EU-US trade deal", EurActiv, 13. Januar 2014; „Oppositionsfraktionen fordern verschiedene Änderungen für TTIP-Verhandlungen", Deutscher Bundestag, 14. Juni 2013; „Transatlantic Trade and Investment Partnership", Early Day Motion 793, House of Commons Sitzungsperiode 2013-14, Großbritannien; „Motion of Bram Van Ojik on the inclusion of ISDS in the EU-US trade agreement", eingereicht am 28. November 2013 und anschließend von der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments verabschiedet.

70. „Camp-Baucus Bill Would Revive Controversial 2002 Fast Track Mechanism", Washington DC: Public Citizen, Januar 2014.

setzen, die eine Vorherrschaft der kapitalistischen Großmächte in Frage stellen. Den Erklärungen der EU-Kommission zufolge wird TTIP nicht nur Standards für die EU und die USA setzen, sondern zudem eigene normative Erwartungen schaffen, die andere HandelspartnerInnen umsetzen müssen, sofern sie nicht von der Weltwirtschaft ausgeschlossen werden wollen.[71] Gleichzeitig führt eine Senkung tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse zwischen den USA und der EU wahrscheinlich zu Handelsverschiebungen und einem Exportrückgang aus Schwellenländern und einkommensschwachen Volkswirtschaften.[72]

Letztlich ist TTIP ein Abkommen zur Förderung transnationaler Unternehmen in der EU und den USA, die ihren Marktzugang ausweiten wollen und die Beseitigung aller Regulierungen anstreben, die ihre Gewinne beschneiden. Die Vorstellung einiger KommentatorInnen, das Abkommen könne sich zu einer positiven Kraft zur Verbesserung der Standards auf beiden Seiten des Atlantiks wandeln, verkennt seine Ursprünge, Inhalte und zentralen Deregulierungsabsichten. Aus diesem Grund ruft die Zivilgesellschaft in Reaktion auf die Verhandlungen dazu auf, TTIP zu stoppen und durch ein alternatives Handelsmandat zu ersetzen, bei dem die Unternehmensgewinne den Interessen von Menschen und Umwelt untergeordnet werden.[73] Alle progressiven Kräfte in Europa, den USA und anderswo sind aufgefordert, sich diesem Aufruf anzuschließen.

---

71. „The Transatlantic Trade and Investment Partnership: Global Impacts", Rede von EU-Handelskommissar Karel De Gucht im Institute for International and European Affairs, Dublin, 19. April 2013.

72. „The Transatlantic Trade and Investment Partnership: A New Engine for Global Development?", Washington DC: Sandler Trade LLC, Juni 2013; „Potential Effects of the Proposed Transatlantic Trade and Investment Partnership on Selected Developing Countries", Brighton: CARIS, September 2013.

73. Für weitere Informationen über positive Alternativen zu TTIP und ähnlichen Abkommen siehe Alternatives Handelsmandat „Trade: Time for a New Vision" (November 2013) unter: alternativetrademandate.org.

10. **Weiterführende** Informationen

Auf folgenden Webseiten finden sich Informationen über Kampagnen sowie neueste Nachrichten und kritische Untersuchungen zu TTIP:

- bilaterals.org – erfasst die neusten Nachrichten zu TTIP
- s2bnetwork.org – das Seattle to Brussels Network (EU)
- citizen.org – Public Citizen (USA)
- sierraclub.org – Sierra Club (USA)

Zusätzlich zu den vielen Quellen, die in den Fußnoten in diesem Dokument aufgeführt sind, gibt es folgende allgemeine Untersuchungen zum Thema TTIP:

- „A Brave New Transatlantic Partnership: The proposed EU-US Transatlantic Trade and Investment Partnership and its socio-economic & environmental consequences" (Seattle to Brussels Network, Oktober 2013)
- „The Transatlantic Free Trade Agreement: What's at Stake for Communities and the Environment" (Sierra Club, Juni 2013)
- „A Transatlantic Corporate Bill of Rights: Investor privileges in EU-US trade deal threaten public interest and democracy" (Corporate Europe Observatory, Seattle to Brussels Network und Transnational Institute, Oktober 2013)
- „EU-US trade deal: A bumper crop for «big food»?" (Friends of the Earth Europe und Institute for Agriculture and Trade Policy, Oktober 2013)
- „The Transatlantic Colossus: Global Contributions to Broaden the Debate on the EU-US Free Trade Agreement" (Berlin Forum on Global Politics, Januar 2014)

Offizielle Dokumente zu TTIP finden sich auf den folgenden Webseiten:

- Europäische Kommission: ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ttip
- US-Handelsbeauftragter: www.ustr.gov/ttip



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG, BÜRO BRÜSSEL

Die **Rosa Luxemburg Stiftung** ist eine international tätige, linke, nicht profitorientierte Organisation für politische Bildung und steht der deutschen Partei „Die Linke" nahe. Seit 1990 widmet sich die Stiftung der Untersuchung sozialer und politischer Prozesse und Entwicklungen weltweit. Wir arbeiten im Kontext der wachsenden mannigfaltigen Krise unseres gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Systems. In Zusammenarbeit mit anderen progressiven Organisationen aus allen Teilen der Welt setzen wir uns für demokratische und soziale Teilhabe, Empowerment benachteiligter Gruppen und eine alternative wirtschaftliche und soziale Entwicklung ein. Durch unsere internationalen Aktivitäten wollen wir politische Bildungsarbeit durch wissenschaftliche Analysen, öffentliche Programme und gemeinsame Projekte mit unseren Partnerorganisationen leisten. Um diese unterschiedlichen Projekte zu begleiten und zu koordinieren, unterhält die Stiftung weltweit 17 Regionalbüros. Das Büro in Brüssel wurde 2008 eröffnet. Zu seinen Hauptaufgaben gehört die Vernetzung linker und progressiver Bewegungen, AktivistInnen und WissenschaftlerInnen aus Europa und anderen Regionen der Erde. Wir arbeiten für eine gerechtere Welt auf der Grundlage internationaler Solidarität.
www.rosalux-europa.info - www.rosalux.de

War on Want ist ein Mitgliederorganisation, deren AktivistInnen gegen die Ursachen von Armut und Menschenrechtsverletzungen kämpfen und sich als Teil der internationalen Bewegung für globale Gerechtigkeit verstehen.

www.waronwant.org



Rosa-Luxemburg-Stiftung
Büro Brüssel
Ave. Michel-Ange 11
1000 Brüssel, Belgien
www.rosalux-europa.info

Verantwortlich im Sinne des Presserechts
Dr. Klaus Sühl

Autor
John Hilary

Layout
Erifili Arapoglou

Deutsche Übersetzung und Lektorat
Kristina Vesper und Sebastian Landsberger für lingua•trans•fair

Druck
KETHEA SCHEMA+CHROMA
Gedruckt in Griechenland

Brüssel, Mai 2014
Diese Publikation ist kostenfrei.

Diese Publikation wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
BÜRO BRÜSSEL

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
BÜRO BRÜSSEL

Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) ist ein Freihandels- und Investitionsabkommen, das derzeit unter Ausschluss der Öffentlichkeit zwischen der EU und den USA verhandelt wird. Das Hauptziel von TTIP besteht in der Beseitigung regulatorischer „Hindernisse“, die potentielle Gewinne der transnationalen Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks beschränken. Bei diesen „Hindernissen“ handelt es sich jedoch um einige unserer wertvollsten Sozialstandards und Umweltvorschriften. Mit anderen Worten: Es könnte nicht mehr auf dem Spiel stehen.